

**Der Grosse Rat
des Kantons Bern**

**Le Grand Conseil
du canton de Berne**

2Dienstag (Vormittag), 17. März 2015

Polizei- und Militärdirektion

18 2014.RRGR.1169 Motion 247-2014 Rudin (Lyss, glp) Polizeiliche Erfassung von homophober Gewalt

Vorstoss-Nr.: 247-2014
Vorstossart: Motion
Eingereicht am: 19.11.2014

Eingereicht von: Rudin (Lyss, glp) (Sprecher/in)
Imboden (Bern, Grüne) Kronenberg (Biel/Bienne, glp) Zumstein
(Bützberg, FDP) Studer (Niederscherli, SVP)
Weitere Unterschriften: 17

RRB-Nr.: 134/2015 vom 11. Februar 2015
Direktion: Polizei- und Militärdirektion

Polizeiliche Erfassung von homophober Gewalt

Der Regierungsrat wird beauftragt, homophobe Gewalt durch die Polizei erfassen zu lassen.

Begründung:

Durch homophobe Gewalt wird die Würde der Opfer untergraben. Dies führt zu kostenintensiven psychischen und physischen Schäden und fördert auch in einem grösseren Massstab gesellschaftlichen Hass und Gewalt gegen homosexuelle Bürgerinnen und Bürger. Nur mit konkreten Zahlen aus dem Polizeialltag lassen sich realistische Schlüsse zur Bekämpfung solcher Gewalttaten ziehen.

Praktisch jeder homosexuelle Mensch hat zumindest verbale Beschimpfungen in seinem Leben aufgrund seiner sexuellen Orientierung erfahren. Solche und insbesondere physische Gewalttaten werden von der Polizei jedoch bisher nicht gesondert erfasst. Dies wäre nötig, um festzustellen, wie gravierend sich die Problematik der homophoben Gewalt im Kanton Bern darstellt. Dabei geht es nicht darum herauszufinden, welche sexuelle Orientierung das Opfer hat und diese zu erfassen, sondern darum, mit welchem Motiv und an welchem Ort die Gewalttat vonstatten ging. So kann etwa ein Opfer befragt werden, ob es zu einer Beschimpfung wie «Schwuchtel», «Dreckslesbe» oder dergleichen während der Tat gekommen ist. Diese Vorgehensweise ist aus zwei Gesichtspunkten besser als eine opferorientierte: Erstens müssen sich ungeoutete Opfer nicht zur Homosexualität bekennen und zweitens kann homophobe Gewalt auch an Heterosexuellen und Bisexuellen begangen werden.

In Ländern wie Schweden und Grossbritannien wird homophobe Gewalt bereits heute gesondert von der Polizei festgehalten. Wo früher nur Dunkelziffern geschätzt werden konnten, verzeichnet Grossbritannien mittlerweile mehr als 15 000 Meldungen aufgrund homophober Gewalt, die erst durch eine Erfassung bei der Polizei sichtbar gemacht wurden. In Bern ist dies heute bei Rassismus und Islamophobie der Fall. Da ein Opfer nach einer Gewalttat sowieso befragt werden muss, ist der bürokratische Aufwand minim. Es sollte lediglich eine neue Kategorie hinzugefügt werden.

Antwort des Regierungsrats

Die Problematik von Straftaten mit homophobem Hintergrund ist der Kantonspolizei bekannt. Auch wenn keine konkreten Fälle mit diesem Tatmotiv bekannt sind, ist aufgrund der Erfahrungen im Ausland von einer Dunkelziffer auszugehen.

Die Kantonspolizei erkennt grundsätzlich den Handlungsbedarf im Bereich homophober Gewalt und hat bereits verschiedentlich spezifische Angebote durchgeführt, darunter ein Gewaltschutztraining. Auf Anregung der Organisation Pink Cop unterstützt sie zudem die Erarbeitung und Produktion ei-

nes Flyers, in welchem Homosexuelle und Transmenschen ermutigt werden, nach Übergriffen in jedem Fall Anzeige zu erstatten. Um ein erstes Zeichen zu setzen, wirkten uniformierte Mitarbeitende der Kantonspolizei Bern zudem an einem Stand der Gay West Veranstaltung vom 9. August 2014 auf dem Bundesplatz mit.

Als jährliches gesamtschweizerisches Instrument wird seit 2009 die polizeiliche Kriminalstatistik verwendet. In den einzelnen Kantonen werden die Statistiken anhand von einheitlichen Richtlinien erhoben, um so gesamtschweizerische Vergleiche zu ermöglichen. Die vom Motionär gewünschten zusätzlichen Informationen werden nicht ausgewiesen.

Um dem Anliegen des Motionärs zu entsprechen, müsste die Kriminalstatistik dahingehend geändert werden, dass bei einer Straftat neu auch nach Kategorien von Motiven unterschieden wird. Diese Aussagen können frühestens (wenn überhaupt) nach Abschluss der Strafuntersuchung oder des Urteils durch die Justiz getroffen werden. Eine Statistik dazu zu führen, ist für die Kantonspolizei folglich gar nicht möglich, insofern wäre die Justiz zuständig.

Würden schliesslich diese Kategorien von Motiven nur im Kanton Bern erhoben, wäre keine Vergleichbarkeit mit anderen Kantonen möglich, was aus Sicht des Regierungsrats zu keinem Mehrwert führen würde. Daraus folgend müsste zunächst beim Bundesamt für Statistik eine Änderung der schweizerischen Kriminalstatistik beantragt werden und eine solche Anpassung der vereinbarten Richtlinien anschliessend von allen Kantonen gutgeheissen werden.

Aus den genannten Gründen erachtet der Regierungsrat eine derartige Anpassung der Statistik im Kanton Bern momentan als wenig zielführend. Er ist jedoch bereit, sich auf Bundesebene für das Anliegen des Motionärs einzusetzen. Vor diesem Hintergrund empfiehlt der Regierungsrat die Annahme als Postulat.

Der Regierungsrat beantragt:

Annahme als Postulat

Präsidentin. Nous passons donc à l'affaire 18. Cette motion pourrait être acceptée par le Conseil exécutif en tant que postulat. M. Rudin, vous avez la parole. Les groupes sont priés de s'annoncer.

Michel Rudin, Lyss (glp). Worum geht es überhaupt? Ziel der Motion ist es, die homophobe Gewalt zu erfassen. Wie komme ich auf dieses Thema? In Grossbritannien und Schweden gibt es die Möglichkeit, das zu erfassen, auszuwerten und herauszufinden, wie sich das Problem darstellt. In der Schweiz haben das nicht. Wir haben keine Möglichkeit, eine Statistik zu führen. Infolgedessen wissen wir auch nicht, wie sich das Problem darstellt. Wir haben eine grosse Dunkelziffer. Ich bin Vorstandsmitglied von «Pink Cross» und habe in dieser Sache Abklärungen getroffen. Es gibt die «Rainbowline», bei der sich die Leute melden können, wenn sie ein Problem haben. Wir haben natürlich viele, die sich melden. Wie sich das jedoch im Kanton Bern im Alltag darstellt, kann ich nicht sagen.

Ziel ist es, herauszufinden, ob wir diesbezüglich im Kanton Bern ein Problem haben, ja oder nein. Daraus könnten dann entsprechende Massnahmen abgeleitet werden. Ich gehe davon aus, wir könnten hier ohne grossen Aufwand Zahlen, Daten und Fakten zu erheben, die später recht wichtig sein werden. Ich wurde im Vorfeld darauf angesprochen, wie der Bezug zum Nationalrat sei. Dieser hat entschieden, der Antidiskriminierungsartikel sei zu einem Artikel auszudehnen, der auch für Homosexuelle gelten sollte. Der Ständerat hat darüber noch nicht entschieden. Das ist natürlich nicht das gleiche. Hier geht es darum, Homosexuelle, die Gewalt erfahren haben, zu erfassen. Beim Antidiskriminierungsartikel geht es um etwas anderes, nämlich um Hetze, beispielsweise wenn gewisse Politiker davon reden, Homosexuelle hätten einen falschen Hirnlappen. Das sollte man nicht mehr sagen dürfen.

Hier im Kanton Bern geht es mir um etwas ganz anderes. Ich kann Ihnen ein Beispiel erzählen. Als ich 20 Jahre alt war und mit meinem Freund in Bern Hand in Hand über den Bahnhofplatz gegangen bin, wurde ich angepöbelt. Wir haben uns nicht geküsst, sondern Hände gehalten. Und das ist traurig. Das war nachmittags etwa um zwei Uhr, also am helllichten Tag. So etwas wird in der Schweiz nicht erfasst. Ich möchte auch nicht jammern, im Gegenteil. Es hat sich in den letzten Jahren unheimlich viel getan. Dessen bin ich mir bewusst. Es gibt auch diverse Probleme, die wir nicht gelöst haben – daran arbeiten wir. Ich möchte die Möglichkeit haben, solche Vorfälle zu erfassen. Ich bin froh, war ich nicht abends um drei Uhr unterwegs, was ab und zu auch vorkommt – vielleicht mit 20 noch etwas mehr als heute. Wäre ich morgens um drei Uhr unterwegs gewesen und auf die gleiche Truppe junger Männer gestossen, hätte ich vielleicht eine Faust erwischt. Ich weiss nicht, ob

ich damals schon den Mut gehabt hätte, das der Polizei zu melden.

In Schweden und in Grossbritannien hat man sich etwas überlegt. Es ist nicht so, dass man von der Polizei befragt würde, ob man schwul oder lesbisch sei. Das interessiert in dieser Statistik eigentlich auch nicht. Sondern man will herausfinden, was das Motiv des Täters oder der Täterin ist. Das ist das Clevere an diesem Meccano. Und das wäre das Ziel dieser Motion. Im Vorfeld habe ich herausgehört, dass es eher knapp wird. Ich möchte zuerst hören, wie sich die einzelnen Parteien dazu stellen. Es gibt ja immer noch die Möglichkeit, den Vorstoss ins Postulat zu wandeln, wie das von der Regierung vorgeschlagen wird. Das möchte ich mir vorbehalten, zuerst jedoch die Debatte abwarten.

Natalie Imboden, Bern (Grüne). Der vorliegende Vorstoss ist für die grüne Fraktion ein Mosaikstein in einer gesellschaftlichen Entwicklung, die ein liberales Modell vertritt. Alle sollen unabhängig von der sexuellen Orientierung in diesem Staat die gleichen Rechte haben. Das ist für die grüne Fraktion sehr wichtig, und daher unterstützt sie den Vorstoss. Wir sind froh, dass er offene Türen einrennt. Die Regierung schreibt in ihrer Antwort, sie sei für dieses Thema sensibilisiert. Menschen, seien sie nun homosexuell oder transsexuell, haben die gleichen Rechte. Trotz der Liberalisierung und der positiven Entwicklungen, die stattgefunden haben – der Motionär hat es erwähnt – ist es leider immer noch üblich oder möglich, dass schwule oder lesbische Menschen in unserer Gesellschaft nicht akzeptiert sind. Es gibt Gewalttaten, und auch auf der verbalen Ebene gibt es Taten, die nicht zu akzeptieren sind.

Uns ist klar, dass mit dem vorliegenden Vorstoss die Problematik nicht umfassend gelöst wird. Aber, wie gesagt, er ist für uns ein wichtiger Mosaikstein. Nur wenn dokumentiert ist, dass Vorfälle homophober Gewalt stattfinden, kann man auch entsprechend tätig werden. Uns ist es wichtig, dass Beschimpfungen und Pöbeleien im Rechtsstaat nicht toleriert werden. Der Antwort der Regierung haben wir entnommen, man könne das nicht nur im Kanton Bern, sondern interkantonal machen. Mit unserer Unterstützung des Vorstosses unterstützen wir auch dieses Ansinnen. Dass das Anliegen auch auf nationaler Ebene ein Thema ist, haben wir vorhin gehört. Auch der Nationalrat hat letzte Woche entsprechende Schritte unternommen. Dabei geht es nicht um Dokumentation, sondern darum, ob Homophobie auch gesetzgeberisch verfolgt werden kann. Die grüne Fraktion unterstützt den vorliegenden Vorstoss. Wir hoffen, er werde seine Wirkung entfalten.

Marianne Schenk-Anderegg, Schüpfen (BDP). Die BDP-Fraktion hat Mühe mit dem Gedanken, dass eine Statistik über eine Lebensform gemacht werden soll, die im 21. Jahrhundert selbstverständlich, kein Thema und auch kein Problem mehr sein sollte. Auch mit einer Erfassung wird bei denjenigen Leuten, die aus irgendwelchen Gründen etwas gegen Schwule oder Lesben haben, nichts ändern. Vielmehr muss in diversen Köpfen ein Umdenken gegenüber Personen stattfinden, die eine andere Lebensform gewählt haben. Man muss toleranter werden und vom Bilderrahmen denken wegkommen. Gerade wir Politiker sollten auf kantonaler wie auch auf nationaler Ebene mit gutem Beispiel vorangehen. Man sollte sich nicht ständig negativ zu diesem Thema äussern, sich damit brüsten oder Medienpräsenz suchen.

Lesben und Schwule haben keine verdrehten Hirnlappen. Das kann jeder Mediziner beweisen. Leider stammen solche Aussagen von Politikern. Schliesslich ist es immer noch Privatsache, welche Partnerschaft Mann oder Frau wählt. Aus diesen Gründen haben wir uns in der BDP-Fraktion gefragt, ob wir unsere Polizei noch mehr mit Statistiken belasten müssen – über eine Lebensform, die in unserer Gesellschaft als selbstverständlich angenommen werden sollte. Wir sind vielmehr der Meinung, die Polizei sollte ihre Ressourcen nutzen, um in der Öffentlichkeit präsent zu sein. Diskriminierung und Gewalttaten kann man mit einer Statistik nicht aus der Welt schaffen. Aus diesem Grund, und wirklich nur deshalb, lehnt die BDP-Fraktion eine Motion grossmehrheitlich ab. Auch ein Postulat lehnt sie ab, allerdings nur ganz knapp.

Stefan Costa, Langenthal (FDP). Auch bei uns fiel die Entscheidung knapp aus. Allerdings erkennt die FDP-Fraktion den Handlungsbedarf grundsätzlich an. Physische und psychische Gewalt gegenüber Schwulen und Lesben ist eine Tatsache. Das kommt vor, oftmals offen und manchmal versteckt. Es kommt grob oder derb, aber auch ganz subtil vor, was ja nicht weniger schlimm ist. In jedem Fall ist es verletzend. Daraus leitet man in unserer Fraktion Handlungsbedarf ab. Über den Weg ist man sich nicht so einig. Wir möchten im Moment keine Berner Sonderlösung. Was macht man mit den Daten, wenn man diese im Kanton Bern gesondert erfassen würde? Man hat dann keine Vergleichsmöglichkeit. Das gesamtschweizerische Instrument der polizeilichen Kriminalstatis-

tik ist in den Mittelpunkt gerückt. Wir haben hier den Chef der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) – wenn jemand das Thema auf nationaler Ebene thematisieren kann, so ist es Regierungsrat Käser. Vielleicht sollten wir daher das Angebot annehmen, wonach man sich auf gesamtschweizerischer Ebene Gedanken dazu machen soll, ob das ein Thema ist. Wenn es ein Thema ist, soll man die Daten erheben. Dann kann man sie auch vergleichen und Instrumente oder Handlungsweisen daraus ableiten. Die Motion wird von der FDP einstimmig abgelehnt. Eine knappe Mehrheit spricht sich für die Überweisung als Postulat aus.

Christian Hadorn, Ochlenberg (SVP). «Es geht nicht um blöde Sprüche, sondern um Hass. Der Nationalrat will Diskriminierung von Schwulen und Lesben unter Strafe stellen. Zwei homosexuelle Parlamentarier erklären, warum das Gesetz nötig sei.» Das ist für die SVP-Fraktion ganz klar der Weg – wenn Sie das überhaupt tun müssen. Marianne hat vorhin klar gesagt, in unserer gutsituierten, lockeren Welt in der Schweiz sollte das eigentlich gar kein Thema mehr sein. Denn wir wollen keine diskriminierten Angelegenheiten, und vor allen Dingen wollen wir diese seitens der Polizei nicht ahnden können müssen. Was müssten denn die Polizisten in meiner Polizeischule von Hitzkirch noch alles zusätzlich lernen? Auf Diskriminierung sensibilisiert sein, auf Gewaltakte in Familien – das ist ein grosser Teil des neusten Ausbildungsprogramms für Polizisten. Dementsprechend bin ich davon überzeugt, dass die Polizisten für jegliche Diskriminierung zu 100 Prozent sensibilisiert werden.

Wie das gehen soll, wenn so ein Gesetz überhaupt geschaffen werden muss, hat die Präsidentin der eidgenössischen Kommission gegen Rassismus, Martine Braunschweig Graf, ganz klar gesagt. Das Gesetz wird hervorgenommen, wir überlegen uns, was wir dort erneuern wollen. Und der Nationalrat hat das mit 107 Stimmen befürwortet. Aber, wie wir alle wissen, gibt es auch noch einen Ständerat. Dieser wird das auch anschauen. Wir sind davon überzeugt, nun sei abzuwarten, was der Bund macht. Wir von der SVP wollen keine kantonale Lösung, auch wenn wir das Problem ganz klar sehen. Ich bitte Sie daher, die Motion abzulehnen. Dem Postulat können einzelne SVP-Mitglieder zustimmen. Im Moment ist das Thema in den eidgenössischen Räten. Lassen wir diese jetzt gewähren und schauen wir, was sie für die Zukunft machen. Und nun noch etwas ganz kleines. Diskriminierung gibt es natürlich in allen Fällen. Ich bitte Sie, in Ihrem Umfeld und in Ihrer Familie darauf hinzuwirken, dass keine Gruppe unter uns Menschen diskriminiert wird. Dementsprechend versuche ich das auch vorzuleben. Ich habe Freude daran, wenn wir in der Schweiz und auf dieser Welt fröhlich leben dürfen.

Meret Schindler, Bern (SP). Die SP-JUSO-PSA-Fraktion sieht es ähnlich wie Christian Hadorn. Intoleranz und Diskriminierung haben in unserer Gesellschaft keinen Platz. Im Kanton Bern wohnt ein Achtel der gesamten Schweizer Bevölkerung. Wir können auch eine Vorreiterposition übernehmen. Darum unterstützen wir sowohl die Motion als auch das Postulat.

Patrick Gsteiger, Eschert (EVP). Au parti évangélique, on s'est demandé pourquoi il faudrait des mesures particulières pour que la police enregistre les actes de violence homophobes? Pour notre groupe, les lois, et en particulier le Code de procédure pénale, s'appliquent de la même manière pour tous. Qu'il s'agisse de haine ou de violence à l'égard des mineurs, des personnes âgées, d'hommes, de femmes, de ressortissants suisses, de ressortissants étrangers, la police et la justice font leur travail dans le respect des lois et traitent chacun de manière identique. Nous ne voyons donc pas de raison d'enregistrer l'orientation sexuelle d'une victime ou d'enregistrer séparément la violence homophobe. Si l'on voulait toutefois aller dans le sens des motionnaires, il faudrait répertorier les catégories de mobiles, et ceci pas uniquement à l'échelon du canton de Berne, mais bien à l'échelon de la Confédération. Donc, comme le Conseil-exécutif, quelques membres de notre groupe pourraient soutenir un postulat, alors que la majorité le rejeterait, tant sous la forme du postulat que sous la forme de la motion.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp). Wir sind nicht alle gleich. Wenn so in die Runde schaue, muss ich fast sagen: «Gottseidank sind wir nicht alle gleich.» Wer heute noch Homosexualität als Krankheit oder als verschobenen Hirnlappen versteht, hat selber etwas ein wenig verschoben im Gehirn. Zudem leistet man so der Gewalt und der homophoben Gewalt eben auch Vorschub. Lieber Christian Hadorn, es geht überhaupt nicht darum, dass du in deiner Polizeischule, wie du so schön sagst, etwas an der Ausbildung ändern müsstest. Du musst also keine Schwulen-Erkennungsprogramme durchführen. Das ist nicht notwendig, darum geht es nicht. Es geht einzig

und allein um die statistische Erfassung, wenn denn bereits etwas geschehen ist. In anderen Fällen wird das auch erfasst. Das machen sie heute schon. Es gibt einfach nur ein Kreuzchen mehr. Sie haben Recht, wir möchten die Polizei damit eigentlich nicht belasten. Sie sollte eigentlich ihre Kernaufgabe lösen. Trotzdem ist es eben wichtig, dass man das macht. Wir sind wie die Regierung der Meinung, dass es besser wäre, wenn das nicht nur im Kanton Bern erfolgen würde, sondern gesamtschweizerisch. Wir begrüßen daher jede Intervention beim Bund in diese Richtung. Selbstverständlich unterstützen wir sowohl eine Motion wie allenfalls auch ein Postulat.

Jakob Schwarz, Adelboden (EDU). Die EDU-Fraktion spricht sich gegen jegliche Gewalt und gegen jegliche Diskriminierung aus, sei das aufgrund der sexuellen Orientierung, der Hautfarbe, der Haarfarbe, der politischen Einstellung oder auch des Glaubens. Diesbezüglich sind wir manchmal effektiv auch betroffen. Das möchte ich Ihnen auch zu bedenken geben. Hier wird aber etwas gefordert, das den Betroffenen überhaupt nichts nützt, nämlich eine Statistik. Der Regierungsrat schreibt in seiner Antwort selbst, das Anliegen sei eigentlich gar nicht umsetzbar. Die Polizei könne das gar nicht, das sei nicht zielführend. In Zeiten, in welchen wir Aufgaben abbauen, Verwaltungs- und Bürotätigkeiten reduzieren möchten, steht das Anliegen quer in der Landschaft. Vor noch nicht allzu langer Zeit konnte Ex-Kollegin Bethli Küng das pointiert auf den Punkt bringen: Die Polizei sollte vermehrt draussen tätig sein, nicht im Büro. Dieser Meinung sind wir auch. Daher können wir nicht immer wieder solche Dinge fordern. Wenn es ein Gesetz braucht, um diese Dinge zu ahnden, die nicht rechtens sind, so ist dies Sache des National- und des Ständerats. Dann sollen sie das beschliessen, und das tun sie auch. Wir werden deshalb sowohl die Motion als auch das Postulat ablehnen.

Ruedi Löffel-Wenger, Münchenbuchsee (EVP). Vor kurzer Zeit wurde mir in einer Diskussion im Internet beschieden, wenn ich gegen die Homo-Ehe und gegen die Homo-Adoption sei, sei ich homophob. Ich fühlte mich da zumindest psychischer Gewalt ausgesetzt. Was in dieser Frage momentan läuft, grenzt an Meinungsterror. Man wird mundtot gemacht, wenn man eine andere Meinung zu einer Frage hat, die politisch diskutiert wird. In einer freien Demokratie sollte auch freie Meinungsäusserung gelten. Das erlebe ich in Diskussionen, die ich eigentlich gerne führe und auch gerne provoziere, das gebe ich zu. Diese Diskussion betrifft eine andere Ebene, das ist mir klar. Der Motionär hat fairerweise gesagt, worum es geht. Ich sehe, in welche Richtung das alles geht und wie ich zum Teil beschimpft werde, ich sei homophob, nur weil ich eine andere Meinung vertrete, als es im Moment dem Mainstream entspricht. Wenn ich sehe, wie viele Leute nicht mehr wagen, zu ihrer Meinung zu stehen, wenn sie etwas nicht so toll finden, so muss ich sagen, das hier ist ein weiterer Schritt, ein weiteres Mosaiksteinchen. Daher lehne ich persönlich auch das Postulat ab, auch wenn ich es in Ordnung finde, wenn in der Polizeidirektorenkonferenz oder anderswo über das Erfassen von Motiven von Gewalttaten gesprochen wird. Es gibt noch viele andere Motive – das ist eines von vielen. Das ist ok, aber ich persönlich spreche mich dagegen aus und überweise das Postulat aus den genannten Gründen nicht.

Hans-Jürg Käser, Polizei- und Militärdirektor. Sie haben die Antwort des Regierungsrats gelesen. Die Problematik ist der KaPo bekannt. Es wurden in der Antwort auch ein paar Beispiele dafür aufgeführt, was die KaPo bereits unternommen hat. Entscheidend ist, dass die schweizerische Kriminalstatistik die Grundlage bildet. Um das Anliegen des Motionärs wirklich aufnehmen zu können, müsste man diese Kriminalstatistik ändern. Dies kann der Kanton Bern nicht alleine tun. Die Regierung kommt deshalb zum Schluss, dass es möglicherweise zielführender wäre, das Anliegen auf Bundesebene einzubringen. Dies könnte zum Beispiel im Rahmen der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) geschehen, wie dies Grossrat Costa angeregt hat. Es könnte auch im direkten Kontakt mit den bernischen Ständerats- oder Nationalratsmitgliedern geschehen, mit denen sich die Regierung periodisch trifft. Nun bin ich gespannt darauf, zu erfahren, wie der Motionär bezüglich der Umwandlung in ein Postulat entscheidet.

Michel Rudin, Lyss (glp). Zuerst zu Ruedi Löffel. Deine Argumentation ist etwa so, wie wenn einer kommt und sagt: «Du, ich habe den Arm gebrochen, das tut mega weh.» Du würdest dann sagen: «Ja, und ich habe das Bein gebrochen. Das tut auch weh.» Beides tut weh. Ich will auch keine Tabuisierung – darum geht es überhaupt nicht. Mir geht es nur um eine Statistik. Gegen Zahlen, Daten und Fakten müssen wir im Prinzip nichts haben. Ich wüsste nicht, warum das ein Problem sein sollte. Ich gehe davon aus, dass Sie alle in dieser Statistik nicht erfasst würden – vielleicht der eine

oder andere als Opfer, aber das möchte ich tatsächlich nicht erwarten. Mir geht es schlussendlich wirklich darum, dass wir im Kanton Bern ein Zeichen setzen. Wir hätten die Möglichkeit gehabt, uns als liberaler, fortschrittlicher Kanton zu positionieren. Ich sehe aber, dass ich die Mehrheit für eine Motion nicht zusammenbringe. Das bedaure ich, denn das wäre ein stärkeres Zeichen gewesen. Infolgedessen werde ich ins Postulat wandeln. Ich hoffe doch, dass Sie da mitziehen und der Regierung die Möglichkeit geben, national in der Funktion, wie sie der Regierungsrat innehat, tätig zu werden.

Präsidentin. L'auteur de l'intervention a transformé sa motion en postulat, alors nous allons voter sur ce postulat, Enregistrement par la police des actes d'homophobie. Ceux qui acceptent ce postulat votent oui, ceux qui refusent votent non.

Abstimmung

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme als Postulat

Ja	81
Nein	66
Enthalten	2

Präsidentin. Vous avez accepté ce postulat. Nous n'avons donc plus qu'une motion, nous retrouvons le directeur de la police demain matin, après les élections. Je vous souhaite à tous un bon appétit, la séance est close.

Schluss der Sitzung um 11.43 Uhr.

Die Redaktorinnen:

Sara Feraro (d)

Monika Hager (d)

Catherine Graf Lutz (f)